



Attac Deutschland

## Umverteilen statt Kürzen

Eine Alternative zum unsozialen Sparpaket der Bundesregierung.

### Kurzfassung

#### **Einleitung**

Haushaltskonsolidierung ist notwendig. Ebenso notwendig sind eine Umverteilung des Wohlstands von oben nach unten und eine Entmarktlichung des Lebensunterhaltes. Die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und die Abhängigkeit der Menschen von Märkten haben in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. In dieser Entwicklung wurzelt nicht nur ein gravierendes soziales Problem, sondern auch eine zentrale Ursache der Krise. Denn es sind die gigantischen Geldvermögen in den Händen weniger, mit denen an den globalen Finanzmärkten hochspekulative Geschäfte getätigt werden, die Blasen entstehen und platzen lassen und so Krisen verursachen.

Das Kürzungspaket der Bundesregierung geht deswegen genau in die falsche Richtung. Die soziale Schieflage ist unverkennbar. So sollen mehr als 30 Milliarden Euro bei Hartz IV gespart werden, während der Bankensektor mit lediglich sechs Milliarden Euro beteiligt werden soll. Diese Politik der sozialen Kälte ist unnötig, schädlich und inakzeptabel. Attac schlägt daher ein Paket vor, das sowohl auf Konsolidierung, als auch auf Umverteilung abzielt.

## **Die staatliche Einnahmeseite**

Das zentrale Problem des Bundeshaushaltes liegt auf der Einnahmeseite. Die Steuerreformen der vergangenen Jahre haben große Vermögen und Einkommen systematisch entlastet und so eine gigantische Lücke in den Haushalt gerissen. Wir fordern eine Steuerreform, die gerade dort anknüpft: bei den größten Vermögen und Einkommen. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, Modifizierungen bei der Erbschaftssteuer und der Kapitalertragssteuer, eine umfassende Umternehmensteuerreform sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung.

Durch diese Maßnahmen würden soziale Ungleichheiten abgebaut und der Haushalt spürbar entlastet werden. Wir erwarten durch diese Maßnahmen staatliche Mehreinnahmen von jährlich 75,5 Milliarden Euro.

## **Subventionsabbau**

Aber auch auf der Ausgabenseite gibt es beachtliche Konsolidierungspotenziale. Keinesfalls kommen dabei jedoch Maßnahmen in Frage, die die sozialen Ungleichheiten noch weiter verschärfen. Vielmehr müssen ökologisch schädliche Subventionen im Vordergrund stehen.

Wir fordern einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen, die Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Firmenwagen, eine kurzfristige Absenkung und mittelfristige Abschaffung der Pendlerpauschale und die Schaffung von Alternativen im öffentlichen Nahverkehr, die Streichung der Subventionen für besonders energieintensive Unternehmen und die Elektrizitätswirtschaft, den Abbau der Subventionierung von Armutslöhnen durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro sowie umfassende Kürzungen im Verteidigungshaushalt.

Neben einer ganzen Reihe ökologisch und sozial positiver Effekte würden diese Maßnahmen den staatlichen Haushalt jährlich um mindestens 12,3 Milliarden Euro entlasten.

## **Die sozialen Sicherungssysteme**

Die Reformen der vergangenen Jahre in den Bereichen Rente, Gesundheit und Arbeitslosigkeit haben viele Menschen in die Armut getrieben, die Abhängigkeit von Märkten erhöht und einen großen Beitrag zur Umverteilung von unten nach oben und in die hochspekulativen Bereiche der Finanzmärkte geleistet.

Attac fordert die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Einkommen – also auch jene von Selbständigen, BeamtenInnen und SpitzenverdienerInnen – einbezieht und

die ArbeitgeberInnen paritätisch beteiligt. Finanziert werden sollen davon eine umfassende Gesundheitsversorgung für alle und eine armutsfeste Mindestrente. Die Riester-Rente soll abgeschafft werden. Ebenso die Rente mit 67.

Attac fordert weiter eine Arbeitsmarktreform, die unter anderem eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und eine Erhöhung der Leistungen beim Arbeitslosengeld II enthält. Perspektivisch ist eine Politik notwendig, die die soziale Sicherheit noch weitreichender von der Erwerbsarbeit entkoppelt.

Insgesamt erfordert unser Maßnahmenkatalog Mehrausgaben im Bereich der sozialen Sicherungssysteme von ca. 8,2 Milliarden Euro.

## **Der globale Beitrag**

Umverteilung ist in der globalen Dimension noch dringender erforderlich als im Inland. Denn weltweit bedeutet die soziale Polarisierung zwischen Nord und Süd milliardenfach extreme Armut, Hunger, Elend und Tod. Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt steht in der Verantwortung, hier einen ernsthaften Beitrag zu leisten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Ausgaben für Entwicklungshilfe kurzfristig auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, den Beitrag krisenfest und konjunkturunabhängig zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, dass die Mittel möglichst direkt den Ärmsten Menschen der Weltgesellschaft zukommen. Darüber hinaus fordern wir einen größeren Beitrag zur Herstellung von Klimagerechtigkeit. Durch diese Maßnahmen würde der Bundeshaushalt mit jährlich 11 Milliarden Euro belastet werden.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, sich global und auf europäischer Ebene mit aller Kraft für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer stark zu machen. Für den Fall des Scheiterns dieser Bemühungen fordern wir die Einführung einer solchen Steuer im nationalstaatlichen Rahmen. Die Einnahmen sind komplett zur Finanzierung von Entwicklung und Klimagerechtigkeit zu verwenden.

## **Das Öffentliche stärken**

Grundbedürfnisse (Essen, Wohnen, Gesundheit etc.) sind keine Frage freier Entscheidung, sondern werden von allen Menschen geteilt. Auf Grund unterschiedlicher Voraussetzungen und Fähigkeiten sind aber nicht alle Menschen gleichermaßen in der Lage, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Darauf basiert ein über Generationen gewachsenes System öffentlicher Dienstleistungen.

Durch die Privatisierungswelle der vergangenen beiden Dekaden wird dieses System nach und nach ausgehöhlt. Das bedeutet steigende Preise bei sinkender Qualität für viele und steigende Profite für wenige. Wir fordern daher eine Politik des Öffentlichen, die ein Verbot weiterer Privatisierungen öffentlichen Eigentums (einschließlich Private Public Partnership) sowie eine umfassende Re-Vergesellschaftung und Re-Kommunalisierung privatisierter Unternehmen umfasst.

Darüber hinaus fordern wir konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Kommunenfinanzen sowie eine Ausweitung der öffentlichen Bildungsausgaben. Der Bundeshaushalt würde durch diese Maßnahmen mittelfristig um jährlich ca. 44 Milliarden Euro belastet werden.

## **Fazit**

Der erklärte Anspruch des Maßnahmenpaketes ist es, Haushaltskonsolidierung zu ermöglichen. Zugleich geht es darum, die Polarisierung von Einkommen und Vermögen sowie die Abhängigkeit der Menschen von Märkten zu reduzieren.

Umverteilende Effekte werden dabei vor allem durch die stärkere Belastung von Unternehmen und reichen Privatpersonen sowie die Stärkung von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Arbeitslosen realisiert. Eine Entmarktlichung des Lebensunterhaltes ergibt sich sowohl aus den Vorschlägen zur Reformierung der sozialen Sicherungssysteme, als auch durch den Ausbau des Angebotes öffentlicher Dienstleistungen. Die konsolidierende Wirkung übertrifft dennoch jene des Kürzungspaketes der Regierung. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen würde den Bundeshaushalt jährlich um 25,3 Milliarden Euro entlasten. Eine detaillierte Aufschlüsselung des fiskalischen Effektes ist auf der Folgeseite in tabellarischer Form zu finden.

Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog verdeutlicht die Unnötigkeit der unsozialen Kürzungspolitik, mit der die Bundesregierung versucht, den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung der im Kürzungspaket geplanten Maßnahmen nicht weiter zu verfolgen. Wir fordern die Bundesregierung auf, stattdessen die Maßnahmen des Attac-Vorschlags „Umverteilen statt Kürzen“ aufzugreifen und ihre Umsetzung auf den Weg zu bringen.

*Die Langfassung des Papiers steht online unter [www.attac.de/umverteilungspaket](http://www.attac.de/umverteilungspaket) zum Download bereit.*

## Die fiskalische Wirkung der Maßnahmen im Detail

<b>Maßnahme</b>	<b>Mittelfristige, jährliche fiskalische Wirkung in Mrd. €</b>
<b>Die staatliche Einnahmenseite</b>	
Reform der Einkommenssteuer (inkl. Reichensteuer)	+ 3,5
Wiedereinführung der Vermögenssteuer	+ 16
Reform der Erbschaftssteuer	+ 6
Reform der Körperschaftssteuer	+ 15
Reform der Kapitalertragssteuer	+ 5
Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung	+ 30
<i>Zwischensumme „Die staatliche Einnahmenseite“</i>	<i>+ 75,5</i>
<b>Subventionsabbau</b>	
Beschleunigte Abschaffung der Kohlesubventionen	+ 1
Reduzierung der steuerlichen Absetzbarkeit von Firmenwägen	+ 3,5
Subventionsabbau bei energieint. Unternehmen und Elektrizitätswirtschaft	+ 2,3
Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns	+ 5,5
<i>Zwischensumme „Subventionsabbau“</i>	<i>+ 12,3</i>
<b>Soziale Sicherungssysteme</b>	
Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung	+ 7,6
Bezugsdauer Arbeitslosengeld I auf 24 Monate	- 7,8
Abschaffung Riester-Rente und staatl. Förderung priv. Altersvorsorge	+ 12,5
Eckregelsatz Hartz IV auf 500 €	- 13
Mehrausgaben für befähigende Arbeitsmarktpolitik	- 7,5
<i>Zwischensumme „Soziale Sicherungssysteme“</i>	<i>- 8,2</i>
<b>Der globale Beitrag</b>	
Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungshilfe	- 8,5
Ausgaben für Klimagerechtigkeit	- 2,5
<i>Zwischensumme „Der globale Beitrag“</i>	<i>- 11</i>
<b>Das Öffentliche stärken</b>	
Erhöhung des Anteils der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen	- 26
Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben	- 18
<i>Zwischensumme „Das Öffentliche stärken“</i>	<i>- 44</i>
<b>Folgewirkungen des Gesamtpaketes</b>	
Zinersparnis durch geringeren Schuldenstand	+ 0,7
<b>Fiskalische Gesamtwirkung</b>	<b>+ 25,3</b>